



SO DENKEN SIE DARÜBER

„Reformen auf Schiene bringen“

In der Debatte um die Steuerreform fehle es an der Bereitschaft zu Veränderungen im Sinne der Bürger, finden unsere Leser. Vor allem dem Hickhack der beiden Regierungsparteien müsse endlich ein Ende gesetzt werden.

Mir stellt sich die Frage, warum die notwendigen Schritte für eine Steuer- und Verwaltungsreform nicht längst schon vollzogen wurden. Wenn Mut und Bereitschaft nicht vorhanden sind, gravierende Änderungen in der verkrusteten politischen Landschaft durchzuführen, werden die Botschaften unter die Rubrik Sonntagsreden abzulegen sein. Um eine nachhaltige, für unsere junge Generation wirksame Verwaltungsreform

durchzuführen, bräuchte es nicht einmal weitere angekündigte Arbeitskreise und Kommissionen. Der Rechnungshof und die von Altpäsident Fiedler angeführte Kommission zur Neuaufstellung der österreichischen Verwaltung haben eine Fülle von Vorschlägen ausgearbeitet, diese wären nur umzusetzen. Sparpotenziale in Milliardenhöhe in den verschiedensten Bereichen wie Gesundheit, Doppelgleisigkeiten zwischen Bund und Ländern, eine schlanke Verwaltung, um nur einige zu nennen, wären nur zu heben.

Ob ein geänderter Föderalismus oder ein stärkerer Zentralismus für unser Land das Optimum darstellen würde, sei dahingestellt. Tatsache bleibt, dass diese Reformen auf dem schnellsten Wege auf Schiene gebracht werden müssen. Wenn beide Regierungsparteien nicht endlich den Mut aufbringen, ein sichtbares Zeichen zu setzen, werden populistische Parteien es nicht schwer haben, bei den nächsten Wahlen mächtig zuzulegen.

**Franz Preschern,
Villach**

Bitte um eine Spende

Sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie wenden sich laut aktuellen Medienberichten in Bittbriefen an reiche Österreicher, um diese anstatt höherer Besteuerung zu Spenden zu bewegen.

Ich möchte es Ihnen gleich tun und bitte Sie als zweifellos reichen Österreicher hiermit um eine Spende, da ich als Alleinverdiener mit zwei Kindern leider nicht zu dieser Gruppe zähle. Gehaltserhöhungen – sofern ich diese bekomme – gehen im Zuge kalter Progression großteils an Ihr Ressort. Da mir immer wieder Anschaffungen ins Haus stehen, hoffe ich, Sie können meiner Bitte nachkommen.

Mag. Aaron Eder, Klagenfurt

Androsch soll einspringen

Interview mit Hannes Androsch: „Heinz Fischer soll einschreiten“, 3. 6.

Als ich das Interview mit Hannes Androsch gelesen habe, habe ich mir gedacht, was wäre, wenn man (der Bundespräsident) Hannes Androsch überreden würde, für diese Periode den Finanzminis-





LESER-REPORTER.

Dieses Foto übermittelte uns Leser-Reporterin

Erika Überlacher

aus Wernberg.

Wir danken herzlichst!

Werden auch Sie Leser-Reporter/-in:

E-Mail:

reporter@kleinezeitung.at

Internet:

www.kleinezeitung.at/reporter



Vor ein paar Tagen, nach einem starken Regenguss, hielt unsere Leser-Reporterin diesen beeindruckenden Abendhimmel über Wernberg für uns fest

ter zu machen? Er ist eine Person, die nichts mehr werden will und braucht, hat politischen Sachverstand, hat selbst genug Geld verdient und weiß, wie es geht. Und wir könnten Österreich als Firma mit sozialen und wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven für alle Gesellschaftsschichten absichern. Er wäre doch ein Zukunftsmodell – und wir könnten Spindelegger & Faymann leicht ertragen.

**DI Hans Rainer,
St. Georgen/Längsee**

Kein Interesse an Veränderung

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Sie und Ihr Team haben anscheinend auch weiterhin kein Interesse, dass sich bei den kleinen und mittleren Einkommen etwas ändert, damit mehr in der Tasche bleibt. Wenn man das erste Halbjahr Revue passieren lässt, so kann man folgende Schlüsse ziehen:

1. Beim Steuereinkommen setzen Sie weiterhin auf den Mittelstand und nicht aufs Kapital.

2. In der Bildung, ohne Rücksicht auf unsere Jugend, geht außer mit Rückziehern der Ministe-

rin nichts mehr. Daher ist Ministerin Heinisch-Hosek mehr als rücktrittsreif.

3. Sie sind nicht in der Lage, den ÖVP-Beamtenvereinigungen einige Reformen vorzugeben.

Von einer Reform hört man schon lange nichts mehr, also gibt es bis zur nächsten Wahl Stillstand und, wie schon die letzten 30 Jahre, keine Reform. Leider passiert in den SPÖ-dominierten Ministerien bis heute wenig bis gar nichts. Wohl aber beim Partner in der ÖVP. Spindelegger, Kurz und Karmasin haben ständig neue Ideen und setzen diese mit Ihrer Hilfe auch um.

Bei den vielen Punkten, die Kanzleramtsminister Ostermayer vorgibt umgesetzt zu haben, sind aber leider unsere Anliegen nicht dabei. Machen Sie nur weiter so, dann wird es für die anderen Parteien ein Leichtes sein, die SPÖ an den Rand zu drängen.

Ernst Hofer, Villach

Falsch verstanden

Die längst fällige Verwaltungsreform wird nicht ernsthaft angegangen. Die „höchst privilegier-

ten“ Nobeleinkünfte in der „Öffentlichen“ nicht reduziert. Die Frühpensionierungen nicht abgestellt. Die Pensionsprivilegien nicht beschränkt. Politiker und Beamte bei Fehlleistungen am Schaden nicht beteiligt. Der Förderungsdschungel nicht durchforstet. Politische Ämter nicht durch Ehrenämter ersetzt. ÖBB und Telekom nicht saniert. Gemeinde-, Länder- und Bundesangestellte in Angleichung an Privatunternehmungen nicht reduziert. Usw. usw.

Vor den Wahlen haben unsere Politiker versprochen: „Keine Steuererhöhungen“, „Einsparungen nur ausgabenseitig“. Wir haben sie offensichtlich ganz falsch verstanden – sie meinten natürlich, bei den Ausgaben der Steuerzahler nicht zu sparen.

Gerhard Sange, Feldkirchen

Hickhack im Hühnerhof

Ich freu mich ja so, es tut sich was im Staate Österreich! Die SPÖ wird jetzt die bösen Millionäre mit neuen Steuern rupfen, und die ÖVP rüffelt die guten Millionäre, die dürfen zwar weiter

spenden, aber keine Vermögensabgabe einfordern, welche sie selber (sic!) betreffen würde.

Endlich haben wir wieder die lang ersehnte „Steuerdebatte“. Leider schmeckt sie schon zu Beginn schal, wie abgestandenes Wasser, inklusive gewohntem Hickhack im Regierungshühnerhof. Kann diese Steuerreform die Wirtschaft entfesseln, oder sehen wir wieder ein plummes Ablenkungsmanöver? Ich fürcht' mich ja so, dass sich wieder nichts tut. **Edi Tusch, Klagenfurt**

Politische Feudalherrschaft

Die neuerliche Geldbeschaffungsdiskussion macht mich sprachlos. Die „demokratisch“ gewählten Parteien sind aufgrund ihrer selbstherrlichen Privilegien als Nachfolger des adeligen Herrschaftsverständnisses vergangener Zeiten zu sehen. Der steuerliche Leistungsträger wird zum Untertanen degradiert. Kann sich ein kleines Land wie Österreich überhaupt so viele finanziell privilegierte politische „Leistungsträger“ leisten?

Dr. Gundula Marsche, Graz



INTERVIEW

„Heinz Fischer soll

Der Koalitionsstreit um eine Steuerreform nimmt an Schärfe zu. Ex-Finanzminister Hannes Androsch fordert eine Intervention des Bundespräsidenten.



Hannes Androsch über die Darbietung der Regierung: „Stümperhafte Kessefflickerei“

APA/SCHLAGER

In der schroffer werdenden Auseinandersetzung um eine Steuerreform fallen Kanzler und Vizekanzler zurück ins Rollenbild eines alten zänkischen Ehepaares. Wie bewerten Sie als ehemaliger Finanzminister den Konflikt?

HANNES ANDROSCH: Es geht ja nicht um eine Reform des Steuersystems, sondern um die Milderung der irrwitzigen Progressionskeule, die viel zu früh viel zu stark zuschlägt. In Zeiten starker Inflation fällt die Keule besonders kräftig aus. Seit dem Grasser haben wir eine abenteuerlich steile Steuerprogression. Die fängt bei 1180 brutto mit 36,5 Prozent an und ist dann bald einmal bei 50 Prozent und erreicht bei der Höchstbemessungsgrundlage die Spitze. Da addieren sich Sozialversicherung und Grenzsteuersatz. Das ist ein Problem und dieses Problem gehört gelöst.

Die Frage ist: Wie?

ANDROSCH: Indem man nicht ir-

gendeine Maßnahme isoliert herauspickt, sondern gemeinsam fragt, was man will und welche Prioritäten man beim Budget setzt. Etwa: Wir wollen weniger Steuerbelastung, mehr Gerechtigkeit und mehr Wachstum. Na gut. Dann machen wir doch endlich einen nationalen Schulterchluss, und gehen endlich die großen Brocken an, die Verwaltung, die Spitäler, die Subventionen und die Umschulungen, die alle wirkungslos bleiben. Und stellen endlich die Gießkanne in die Ecke. Für die Schule haben wir kein Geld, aber für die Familienförderung werfen wir das Geld ungestaffelt beim Fenster hinaus. Und hören endlich mit dem Unfug auf, die Leute als versteckte Arbeitsmarktpolitik in die Frühpension zu schicken. Schauen Sie sich an, wie gering der Beschäftigtenstand zwischen 55 und 64 bei uns ist, so niedrig wie sonst nirgendwo. Oder schauen Sie, wo bei uns das durchschnittliche Pensionsantrittsalter liegt, unter 60 und im öffentlichen Dienst noch tiefer.

Bundespräsident Heinz Fischer hat sich gegenüber der „Kleinen Zeitung“ für eine Drosselung des

Einflusses der Länder und der Landeshauptleute ausgesprochen. Teilen Sie seine Sicht?

ANDROSCH: Er hat völlig recht. Der Bundespräsident hat sich erlaubt, darauf hinzuweisen, dass wir einen Staatskonvent gehabt haben und dass der Einfluss der Länder zurück in eine Balance gebracht werden müsse. Daraufhin sind ihm die Landeshauptleute rüde über den Rüssel gefahren. Die Landeshauptleute haben zu viel Macht arrogiert, weil die Landesparteien viel mehr Geld aus dem Landesbudget beziehen als die Bundesparteien aus dem Bundesbudget und: Sie haben einen unangemessen hohen Anteil an den Steuereinnahmen. Bitte wieso kriegen die Länder, die die Hauptschuld am Banken-Desaster tragen, ein Drittel der Bankenabgabe und zahlen nichts dafür? Wozu haben wir eine Biotreibstoff-Subvention? Wozu eine Ökotreibstoff-Subvention? Wozu ein abenteuerliches Pendlerpauschale? Die, die weniger als 1180 im Monat haben, die Kassierin aus dem Südburgenland oder der Hackler aus dem Waldviertel, die haben gar nichts da von:



Rot-schwarzes Tauziehen: Der Zwist zwischen Kanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger wird immer mehr zur Zerreißprobe

KARIKATUR: PETAR PISMESTROVIC

einschreiten“

eine Förderung der Mittelschicht im Speckgürtel; egal, ob das der Grazer Speckgürtel ist, der Linzer oder der Wiener. Und dann reden wir groß von Gerechtigkeit.

Die SPÖ drängt auf eine sofortige Steuererleichterung und will sich das Geld dafür bei den Reichen und Vermögenden holen. Ist das realistisch?

ANDROSCH: Die verlängerte alte Vermögenssteuer hat 70 Millionen gebracht und die Erbschafts- und Schenkungssteuer mit allen Nachteilen jeweils 150 Millionen. Und mit dem will man sechs Milliarden finanzieren? Da stimmt die Mengenlehre halt nicht. Die lernt man in der Volksschule oder unteren Mittelschule, was weiß denn ich.

Wie erklären Sie sich das desolante Bild, das die Regierung bietet?

ANDROSCH: Das sind Verhaltensweisen, die aus einer Bedrängnis

herrühren. Bei Faymann reicht sie zurück bis zum letzten verunglückten Parteitag und endet vorläufig beim Misserfolg in der EU-Wahl. Und bei Spindelegger ist es nicht viel besser. Der sieht nur, dass sie vorne geblieben sind, aber er hat 100.000 Stimmen verloren. Und beiden gemeinsam ist, dass die Performance nicht stimmt. Wir haben eine Rekord-Steuerbelastung, wir haben eine Rekord-Steuerprogression, die Schulden explodieren, das strukturelle Defizit steigt, also offenbar können sie nicht wirtschaften, jedenfalls viel schlechter als die Schweizer oder die Bayern oder die Baden Württemberger.

Wer ist in der Lage, den gordischen Knoten zu zerschlagen?

ANDROSCH: Der Bundespräsident sollte die Initiative ergreifen und die Regierungsspitze mit den Landeschefs, den Sozialpartnern und dem Gemeindebund an einen Tisch laden und einen Schulterschluss mit einem Big Bargain machen. Es muss ein Ruck durch das Land gehen, sonst knallen wir gegen die Wand.

Hätte die Koalition das, was Sie an Reformmaßnahmen mit Verve einfordern, nicht schon längst, spätestens bei den Regierungsverhandlungen, auf den Weg bringen müssen?

ANDROSCH: Es ist müßig, das Elend zu beklagen. Die waren beschäftigt mit der wochenlangen Vermessung des Budgetlochs und, schlimmer, mit dem Auseinanderklaffen von Einnahmen und Ausgaben. Das eine ist statisch, das andere dynamisch. Und dann haben sie sich mit anderen Hoppalas derstessen und haben ein Budget zusammengestoppelt, das sie bei Nacht und Nebel gegenüber der EU gleich wieder korrigierten. Das ist keine

Budgetpolitik und kein Regieren, das ist stümperhafte Kesselflickerei.

**INTERVIEW:
HUBERT PATTNER**

